EP-F-01-296

Kapitel 3: Sichern, was uns ausmacht: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verteidigen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in:	GRÜNE JUGEND Bundesvorstand
Beschlussdatum:	07.10.2018

Änderungsantrag zu EP-F-01

Nach Zeile 296 einfügen:

Menschen, die schon lange in Europa leben oder hier einer Beschäftigung nachgehen, sollen auch bei einem abgelehnten Asylantrag in das europäische Einwanderungssystem wechseln und hierbleiben können. Ein solcher Spurwechsel soll obligatorisch geprüft und angestrebt werden. Wer freiwillig ausreisen will, hat das Recht auf eine ergebnisoffene Rückkehrberatung. Diese müssen durch unabhängige Stellen erfolgen und die Betroffenen über ihre Rechte aufklären. Sie dürfen nicht wie bisher von den Ausländerbehörden genutzt werden, um Druck aufzubauen. Sonst ist die freiwillige Ausreise nichts anderes als eine beschönigende Beschreibung von Abschiebungen.

In den letzten Jahren setzen die Staaten der EU immer stärker auf Deals und Vereinbarungen nach dem Vorbild des Abschottungsdeals mit der Türkei. Diese verfolgen ein klares Prinzip: Wer beim Ausbau der Festung Europa mitwirkt, soll mit Handelsbegünstigungen belohnt werden; wer sich hingegen sträubt, könnte fortan weniger Unterstützung selbst in Bereichen wie Bildung oder Umweltschutz erhalten. Damit stellen sie eine unzulässige Vermischung von Asyl-, Innen-, und Entwicklungspolitik dar. Außerdem haben sie an vielen Orten zur Stärkung von autoritären Regimen geführt, die die Menschenrechte in ihrem Land mit Füßen treten und von denen die EU sich abhängig macht. Wir haben diese Deals in der Vergangenheit abgelehnt und werden auch in Zukunft auf ihre Beendung hinarbeiten. Der Abschluss von Rückführungsabkommen darf nur mit Staaten erfolgen, die demokratische Standards einhalten, und nur dann, wenn strenge humanitäre Maßstäbe erfüllt sind, den rückkehrenden Menschen tatsächliche Perspektiven geboten und Verletzungen ihrer Menschenrechte ausgeschlossen werden können. Wir stellen uns klar gegen Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete wie zum Beispiel Afghanistan. Die Einführung von „sicheren Herkunftsländern“ auf europäischer Ebene lehnen wir genauso wie die Verschärfung der EU-Abschieberichtlinie ab.